

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 13/4995 –

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 8. September 1976
über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Personenstandsbüchern

A. Problem

Nach dem Übereinkommen der Internationalen Kommission für das Zivilstandswesen (CIEC) vom 27. September 1956 über die Erteilung gewisser für das Ausland bestimmter Auszüge aus Personenstandsbüchern (BGBl. 1961 II S. 1055) können die Standesbeamten aus den von ihnen geführten Personenstandsbüchern mehrsprachig, insbesondere zur Verwendung im Ausland bestimmte Auszüge erteilen, die in den Vertragsstaaten des Übereinkommens ohne weitere Förmlichkeit (Legalisation, Beglaubigung) anerkannt werden.

Durch das weitere CIEC-Übereinkommen vom 8. September 1976 über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Personenstandsbüchern sind neue Formblätter eingeführt worden, deren Leittexte Rechtsänderungen in den Mitgliedstaaten der CIEC berücksichtigen und deren Gestaltung einer Verwendung in maschinellen Verfahren erleichtert.

Das Vorhaben soll zu Vereinheitlichung der mehrsprachigen Auszüge beitragen; bis auf die Bundesrepublik Deutschland und Belgien sind alle Vertragsstaaten des Übereinkommens von 1956 zwischenzeitlich dem Übereinkommen von 1976 beigetreten. Zugleich sollen durch die neuen Formblätter Änderungen im Namensrecht berücksichtigt und Verwendungsmöglichkeiten in automatisierten Verfahren verbessert werden.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs; das Übereinkommen vom 8. September 1976 über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Personenstandsbüchern trifft die erforderlichen Regelungen. Mit

dem Vertragsgesetz dazu sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für den Beitritt zu dem Übereinkommen geschaffen werden.

Einstimmigkeit im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Bund, Länder oder Gemeinden werden nicht mit Kosten belastet.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 8. September 1976 über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Personenstandsbüchern – Drucksache 13/4995 – unverändert anzunehmen.

Bonn, den 6. November 1996

Der Innenausschuß

Dr. Willfried Penner
Vorsitzender

Meinrad Belle
Berichtersteller

Dr. Max Stadler
Berichtersteller

Dorle Marx
Berichterstellerin

Ulla Jelpke
Berichterstellerin

Cem Özdemir
Berichtersteller

**Bericht der Abgeordneten Meinrad Belle, Dorle Marx, Cem Özdemir,
Dr. Max Stadler und Ulla Jelpke****I.**

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 8. September 1976 über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Personenstandsbüchern auf Drucksache 13/4995 wurde in der 121. Sitzung am 11. September 1996 dem Innenausschuß federführend überwiesen. Er hat in seiner 44. Sitzung am 6. November 1996 den Gesetzentwurf abschließend beraten und einstimmig zur Annahme empfohlen.

II.

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 1961 Vertragsstaat des Übereinkommens der internationalen

Kommission für das Zivilstandswesen (CIEC) vom 27. September 1956 über die Erteilung gewisser für das Ausland bestimmter Auszüge aus Personenstandsbüchern (BGBl. 1961 II S. 1055). Durch das weitere CIEC-Übereinkommen vom 8. September 1976 über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Personenstandsbüchern sind neue Formblätter eingeführt worden, deren Leittexte Rechtsänderungen in den Mitgliedstaaten der CIEC berücksichtigen und deren Gestaltung eine Verwendung in automatisierten Verfahren erleichtern. Der Innenausschuß hat bei seinen Beratungen zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 13/4995 im wesentlichen Bezug auf die Denkschrift zu dem Übereinkommen genommen (Drucksache 13/4995 S. 17/18).

Bonn, den 6. November 1996

Meinrad Belle

Berichterstatter

Dorle Marx

Berichterstatterin

Cem Özdemir

Berichterstatter

Dr. Max Stadler

Berichterstatter

Ulla Jelpke

Berichterstatterin